

Blauer Turm: Sockel gegen kalte Füße

Gemäuer muss frostfreie Gründung bekommen

Von Stefanie Pfäffle

BAD WIMPFEN Die Sanierung des Turms hält die Stadt samt Rat und Einwohnern seit Jahren auf Trab. Aktuell dreht es sich um den Sockel, denn Gebäude müssen generell auf einer Tiefe von mindestens 80 Zentimetern frostfrei gründen. Beim Wahrzeichen der Stadt ist es nicht mehr überall so. „Es gibt widersprüchliche Angaben zur Frosttiefe, deswegen wollen wir zur Sicherheit noch einmal schürfen“, erklärt Thomas Rom vom Bauamt im Gemeinderat. Dann muss der Bereich angehoben werden.

Fester Stand Ursprünglich war der Turm sogar zwei Meter tiefer in der Erde, doch weil das Gelände stetig abgegraben wurde, beträgt die frostfreie Schicht nur noch rund 60 Zentimeter, zumindest teilweise. Um dem entgegen zu wirken, hat die Verwaltung drei mögliche Verfahren vorgeschlagen.

Zum einen könnte das Gelände um den Turm um etwa 20 Zentimeter angehoben werden und eine Breite von mindestens 50 Zentimetern hergestellt werden. Alternativ könnte ein umlaufender Sockel mit einer gemittelten Höhe von etwa 60 Zentimetern und einer Breite von ei-



Ob die Turm-Gründung frostfrei ist, wird zum Sanierungsende geprüft. Foto: Pfäffle

nen halben Meter auf allen Seiten errichtet werden. Dieser Unterbau wäre aus eingefärbten Betonteilen, die dann auch als Sitzstufen dienen können. Die dritte Variante sieht eine Kombination vor: im Eingangsbereich den Sockel und auf den anderen Seiten die Anhebung.

Zunächst hatte die Verwaltung Variante drei favorisiert, doch der Technische Ausschuss war für das reine Anheben. „Die Kosten belaufen sich im schlimmsten Fall auf knapp 100.000 Euro“, so Thomas Rom. Man müsse erst wissen, wie der Bereich aussieht, wenn er geräumt ist. Erstmal schürfen und dann entsprechend handeln, lautet sein Ansatz. „Wir gehen davon aus, dass bei der Ecke in Richtung Steinhäus kein Frostschutz besteht.“

Sofortiges Handeln? „Im Technischen Ausschuss hatten wir gesagt, wir heben an, damit es schön aussieht. Aber da jetzt was Schlimmes rauskommt, bringen Sie es schon noch mal vor, oder?“, möchte Bernd Angelberger (CDU/FW) sichergehen. Während Bürgermeister Andreas Zaffran das sofort zusichert, schränkt der Hochbaumeister ein: „Wenn es die Zeit zulässt. Wenn eine große Maßnahme erforderlich ist, machen wir vielleicht erst einen Kompromiss, sonst wird es bis zur Eröffnung im Juni schwierig.“

Die Pflastersteine sollen nach der Anhebung wieder an ihren Platz, doch seine einig beschädigt. Während manche für eine einheitliche Gestaltung plädieren, lehnt Bernd Wetzlar (SPD) das ab. „Zu einer gewachsenen Stadt gehört, dass es Unterschiede gibt.“ Das heiße nicht, alles Hässliche müsse behalten werden, aber: „Einheitliche Gestaltung erzeugt Langeweile.“ Am Ende stimmt der Gemeinderat einstimmig der Anhebung des Geländes zu.

Wie die Armut daheim den Lernerfolg prägt

REGION Drei Leiterinnen von Brennpunktschulen schildern die teils prekären Wohnverhältnisse ihrer Schüler

Von unserer Redakteurin Petra Müller-Kromer

In Deutschland ist der Bildungserfolg der Kinder besonders eng an das Elternhaus und die soziale Herkunft gekoppelt. Das belegen Pisa-Studien, und das erleben Leiterinnen von Brennpunktschulen täglich bei ihrer Arbeit.

Denise Munz und Tina Riek-Hessenthaler von der Dammgrundschule, Petra Dohrs von der Pestalozzischule und Susanne Kugel von der Neckartalschule in Heilbronn wissen, wie sich Armut und das Zusammenleben daheim auf engstem Raum auf Kinder auswirken. Rund 50 Prozent ihrer Klientel haben Migrationshintergrund.

„Diese geballten Problematiken wie bei uns gibt es an Landkreis-schulen so nicht“, sagt Susanne Kugel. Dort hätten Menschen mit wenig Geld teils trotzdem einen Garten oder eine Wiese in der Nähe, auf der

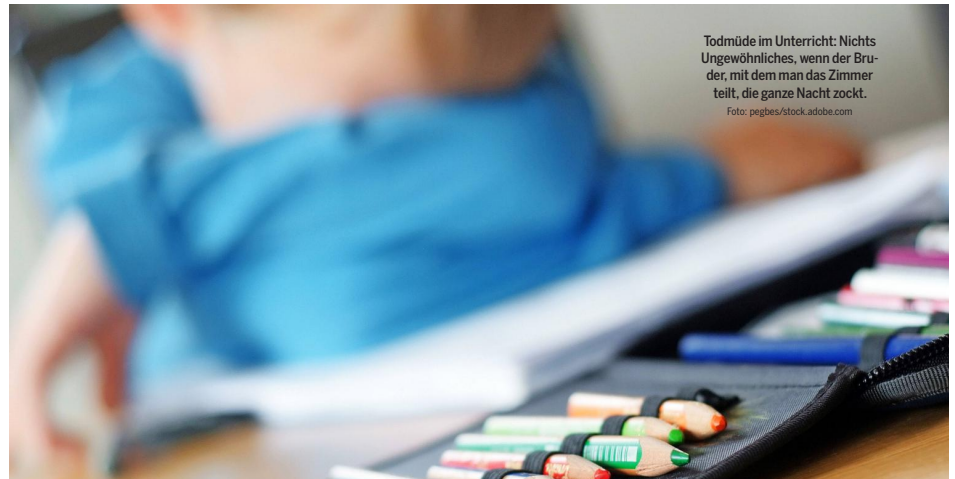
„Manche haben gar keine Meldeadresse.“

Tina Riek-Hessenthaler

die Kinder spielen könnten. In der Stadt ist die Lage oft prekärer.

In der Coronazeit etwa, als die Pädagogen Lernpakete ausgefahren haben, da haben sie auch geschaut, gibt es blaue Flecken? Was macht der Schüler für einen Eindruck? Haben sieben Angehörige in einer Zwei-Zimmer-Wohnung angetroffen. Familien, die in einer Art Lager im Keller lebten. Oder sonst sportliche Kinder, die blass waren, weil sie wochenlang nicht ins Freie durften. „Nicht alle Eltern haben ja die Regeln verstanden“, sagt Petra Dohrs. „Sie hatten Angst, dass die Polizei kommt, wenn das Kind draußen ist.“

Teils standen sie vor Häusern, an denen es weder Briefkasten noch Klingel gab. Tina Riek-Hessenthaler hat die Erfahrung gemacht, dass manche alleinerziehende Mutter bei



Todmüde im Unterricht: Nichts Ungewöhnliches, wenn der Bruder, mit dem man das Zimmer teilt, die ganze Nacht zockt. Foto: pegbes/stock.adobe.com

wechselnden Landsleuten unterkommt, wenn sie keine Wohnung mehr hat, etwa weil die Beziehung gescheitert ist.

Unter anderem deshalb geht zum neuen Schuljahr jedes Mal die Suche nach einem Teil der Erstklässler los. „Von den künftigen Einsern können wir oft bis zu einem Viertel nicht erreichen“, sagt die Leiterin der Dammgrundschule. „Manche haben gar keine Meldeadresse.“

Keine Privatsphäre Was den Kindern fehle, seien Ruhe und ein geordneter Rahmen. Beispiele kennen die Rektorinnen zuhauf: Kinder, die in der Schule einschlafen, weil der große Bruder, mit dem sie das Zimmer teilen, die ganze Nacht zockt. Oder das Baby schreit. Oder alle in einem (Wohn-)Zimmer schlafen, wo die Kinder erst die Augen zuzumachen, wenn auch für die Erwachsenen das Licht ausgeht. Intimsphäre ist da ein Fremdwort. „Es gibt Kinder, die kriegen einfach alles mit von den Eltern“, sagt Susanne Kugel.

Drei Schulen

Die Pestalozzi- und die Neckartalschulen sind sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren, früher wurden sie Förderschulen genannt. Beide haben den Schwerpunkt Lernen. Bei der Dammschule handelt es sich um eine innerstädtische Grundschule. An allen drei Einrichtungen wird die Brotzeit der Uschi-Glas-Stiftung ange-

boten. **kostenloses Frühstück** für die Kinder, das sehr nachgefragt ist. An der Neckartalschule gibt es einen **Gaben-zahn**, den Schulleiterin Susanne Kugel und Bockinger Bürger täglich mit Spenden wie etwa Nudeln und Reis bestücken, und der immer noch, auch nach den Corona-Lockdowns, frequentiert und abends leer ist. *amo*

Für Familien, die abends die Isomatte ausrollen, hat „es einfach keine Relevanz, welches Heft das Kind für Mathe braucht“. Manche Mütter fragten, ob sie das Schulmaterial erst im November bringen könnten, weil sie drei Kinder haben und das Geld nicht für alle reicht.

Auch der Lärm, der herrscht, wenn viele Menschen auf engem Raum zusammen sind und den Fernseher mit ihrer Lautstärke überbetonen, macht es Schülern schwer, sich auf Hausaufgaben zu konzentrieren. Oft fehlt es an Geld, Platz und an

im Linienbus machen könne? „Als er hörte, dass das nicht geht, fragte er, ob es mit dem Schulbus möglich sei? Am besten gleich?“ Der Kollege ließ sich Fotos der Möbel schicken, rief den Sportlehrer an, und sie halfen der Familie mit dem Schulbus beim Umzug. „Dieses Vertrauen hat mich sehr gerührt“, sagt Kugel.

Fehlt dieses Vertrauen, ist es schwer zu erkennen, wo der Schuh drückt. „Ein Junge vergaß immer seinen Sportbeutel. Irgendwann habe ich herausgefunden, dass es nur ein Paar Turnschuhe in der Familie gibt, in die sich alle Kinder hineinquetschen, und dass die an diesem Tag immer die Schwester mitgenommen hat“, sagt Denise Munz. Oder dass ein Kind nicht ins Land-schulheim will, tatsächlich aber nicht die sieben Unterhosen hat, die auf der Packliste stehen. „Dann gehen wir halt einkaufen“, sagt Susanne Kugel. Erlebnisse wie Land-schulheim sind ihr heilig. „Für manche Schüler ist das der einzige Urlaub, den sie je hatten.“

Vertrauen Eine Situation wird Susanne Kugel nicht vergessen. Den Schüler, der abends anrief, zufällig noch einen Lehrer erwischte und wissen wollte, ob man einen Umzug

Frieden und soziale Gerechtigkeit im Fokus

HEILBRONN Unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft gestalten“ hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Heilbronn-Franken am Sonntag, am Tag der Arbeit, zu einem Demonstrationzug vom Soleo über die Kaiserstraße und Allee bis zum Gewerkschaftshaus in der Gartenstraße aufgerufen. Im Mittelpunkt der Redebeiträge standen die Themen Frieden, Wohnen, Klimaschutz, Energie und soziale Gerech-

tigkeit. Die Mairede hielt Andreas Harnack, Landesbezirksleiter der IG Bauen.

„Nie wieder Krieg“, forderte Pascal Raugust, DGB-Stadt- und Kreisvorsitzender mit Blick auf den Ukraine-Krieg, aber auch andere kriegerische Auseinandersetzungen in der Welt. Vor den nach DGB-Angaben 800 bis 1000 Teilnehmern der Demo kritisierte Pascal Raugust die Haltung vieler Arbeitgeber in Ta-

riferverhandlungen. In Zeiten einer Pandemie und Krise seien Forderungen zum Beispiel von höheren Löhnen nicht angebracht. Man solle froh sein, dass man überhaupt noch Arbeit habe, so Pascal Raugust. „Viele Menschen brauchen aber bessere Arbeitsbedingungen.“

In diesem Zusammenhang kritisierte er auch den kürzlichsten Ausstieg der Heilbronner Stimme aus dem Druckertarif. *kam*



Nach Angaben der DGB Heilbronn-Franken nahmen zwischen 800 und 1000 Menschen an der Mai-Demonstration teil. Foto: Ralf Seidel

Entlastung für Einsatzkräfte

Landkreis will ganzjährige Rufbereitschaft für Straßenmeistereien einführen – Aufstockung bei Personal und Fuhrpark

Von unserem Redakteur Andreas Zwingmann

REGION Um Polizei und Feuerwehr zu entlasten will der Landkreis Heilbronn für Zeiten außerhalb des regulären Dienstes spätestens ab Juli eine Rufbereitschaft der Straßenmeistereien einführen. Die Pläne dazu wurden jetzt im Bau- und Umweltausschuss vorgestellt.

Lücke Kracht es nachts auf der Straße oder stehen nach einem Starkregen Straßen unter Wasser, sichern in der Regel Polizei oder Feuerwehr Gefahrenstellen ab. Solche Einsätze können sich über Stunden hinziehen. Aufgrund einer knappen Personalleistung und steigender Einsatzzahlen sieht sich die Polizei jedoch immer seltener in der Lage, diese Absicherung zu übernehmen, die auch nicht immer zu den Pflichten der Feuerwehr zählt. Diese Zuständigkeitslücke soll die ganz-

jährige Rufbereitschaft im Straßenbetriebsdienst füllen, wie sie Kommunen und Wehren bereits in der Vergangenheit gefordert haben. Bislang fehlte es für eine Umsetzung aber sowohl an Geld als auch an Personal.

„Pro Jahr gibt es außerhalb der Dienstzeiten zwischen 150 und 160 Anrufe von Feuerwehr und Polizei bei den Straßenmeistereien“, schildert Thomas Thullner, Amtsleiter Straßen und Verkehr beim Landratsamt. „Die Kollegen versuchen dann, ihre Mitarbeiter telefonisch zu mobilisieren. Das funktioniert auf freiwilliger Basis – und es funktioniert mal mehr und mal weniger.“

Auf Landesebene wird eine Rufbereitschaft seit längerem diskutiert. Ende 2021 hat das Verkehrsministerium diese für Bundes- und Landesstraßen in ganz Baden-Württemberg vorgegeben und ihre Einführung für Kreisstraßen erbeten. Die Arbeitszeiten sollen laut Thull-

ner analog zur bereits geltenden Winterdienst- und Tunnelrufbereitschaft geregelt werden. So darf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit nicht mehr als zehn Stunden betragen, ohne dass Ruhezeiten eingehalten werden müssen. Gelten soll die Rufbereitschaft montags bis donnerstags von 16 bis 6.45 Uhr am Folgetag, freitags von 12 bis 24 Uhr so-



Bei den Straßenmeistereien ist eine Rufbereitschaft geplant. Foto: dpa

wie am Wochenende rund um die Uhr und montags wieder von Mitternacht bis 6.45 Uhr.

Dafür braucht es aber zusätzliches Personal, weshalb an jeder der vier Straßenmeistereien – Brackenheim, Bad Rappenau, Abstatt und Neuenstadt – zunächst eine volle Stelle geschaffen werden soll. „Sollte sich zeigen, dass die Einsatzzahlen deutlich steigen, die Zugriffszeiten zu lange werden oder das Rufbereitschaftspersonal nicht ausreicht, wird auf zwei Mitarbeiter erhöht“, erläutert Thullner. Damit liege man dann auch bei dem vom Land errechneten Mehrbedarf von zwei vollen Stellen je Meisterei, für die es den Kreisen gemeinsam mit dem Bund die Kosten anteilig erstattet. Das Modell ist modular aufgebaut: In jedem Straßenmeistereibezirk ist je ein Mitarbeiter in Rufbereitschaft, der neben Ortskenntnis auch einen kurzen Anfahrtsweg hat. Wird darüber hinaus beispielsweise für Umlei-

tungen Unterstützung benötigt, sollen zunächst die Rufbereitschaftskollegen der Nachbarmeisterei hinzugezogen werden.

Fuhrpark „Für die Umsetzung brauchen wir aber nicht nur Personal, sondern auch Fahrzeuge“, sagt Thullner. „Nur so können die vorhandenen Streckenkontrollfahrzeuge weiterhin im regulären Betrieb genutzt und Rüstzeiten minimiert werden. Ansonsten verlieren wir zu viel Zeit.“ Deshalb soll jede der vier Straßenmeistereien im Kreis dafür ein eigenes Fahrzeug bekommen. Bei Kosten von rund 60.000 Euro pro Wagen kämen auf den Kreis damit 240.000 Euro zu. Vom Bund gibt es einen einmaligen Zuschuss in Höhe von rund 57.000 Euro. Die Investition rechne sich, so Thullner: „Bei mehr Fahrzeugen in der Rufbereitschaft werden auch Kosten etwa für die Feuerwehren im Rahmen der Amtshilfe reduziert.“